

# Arbeitskreis Sicherheitspolitik SPD Berlin

## Grundsatzpapier

### 1. Zielsetzung

- a) Der Arbeitskreis Sicherheitspolitik will als Teil der Berliner SPD aktuelle Themen der Sicherheitspolitik stärker in den Landesverband einbringen. Ziel ist es, **den Diskurs über und das Verständnis von sicherheitspolitischen Herausforderungen zu fördern**.
- b) Darüber hinaus wollen wir den **Dialog zur Bundestagsfraktion, aber auch zu Ministerien, Behörden, Stiftungen, zivilgesellschaftliche Strukturen sowie zur Wirtschaft** pflegen.
- c) In der öffentlichen Wahrnehmung sicherheitspolitischer Themen dominiert immer noch eine konservative Deutungshoheit und Expertenmeinung. Dagegen wollen wir **sozialdemokratische Lösungsansätze für sicherheitspolitische Fragestellungen stärker ins Bewusstsein heben** und damit Politik verändern.
- d) In vergangene Dekaden waren es gerade sozialdemokratische Kanzler, die sich schwerwiegenden Entscheidungen stellten und damit verbundene Kontroversen nicht scheuten – so Helmut Schmidt mit dem NATO-Doppelbeschluss oder Gerhard Schröder mit der Entscheidung einer deutschen Beteiligung an dem NATO-Einsatz im Kosovo-Konflikt. So umstritten ihr Handeln selbst heute oft noch ist – wir wollen uns auch unbequemen Debatten nicht verweigern und **den Dialog als zielführendes Mittel im politischen Entscheidungsfindungsprozess stets pflegen**.
- e) Gerade in Berlin, der Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands, pflegte die Bevölkerung während der Teilung ein ambivalentes Verhältnis zum Militär. Einerseits genossen im Westteil der Stadt die Streitkräfte der drei alliierten Schutzmächte Frankreich, Großbritannien und der USA hohes Ansehen. Auf der anderen Seite entband der Besatzungsstatus die Westberliner von der Wehrpflicht, was auch viele junge Männer aus dem Bundesgebiet anzog. Dieser inzwischen historische Umstand wirkt noch heute nach und äußert sich darin, dass zwischen der Bundeswehr und den Berlinerinnen und Berlinern eine gewisse Fremdheit geblieben ist. Ähnliches gilt für den Ostteil der Stadt, wo sich aufgrund der DDR-Vergangenheit eine Umgangskultur mit der Bundeswehr erst seit 1990 entwickelt. Wir wollen daher **vorhandene Ressentiments zwischen der Berliner Sozialdemokratie und der Bundeswehr abbauen und gegenseitiges Verständnis fördern**.
- f) Mittelfristig streben wir die **Gründung eines sicherheitspolitischen Fachausschusses** an.

### 2. Selbstverständnis

- a) Die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte**, laut Resolution der UN-Generalversammlung 217 A (III), sowie die **freiheitliche demokratische Grundordnung**, wie sie durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegt ist, bilden das Wertefundament unserer Arbeit.
- b) **Nach unserem Verständnis ist es das Ziel von Sicherheitspolitik, die öffentliche Sicherheit und den Frieden zu erhalten oder zu schaffen**. Wir definieren

Sicherheitspolitik daher als **Prozess der Willensbildung, um die dafür notwendigen Strategien zu entwickeln, Strukturen festzulegen und Instrumente bereit zu stellen.**

c) Unserem Verständnis liegt ein **umfassender Ansatz** zugrunde. Dieser integriert sicherheitsrelevante Felder neben der klassischen Außen- und Verteidigungspolitik und fördert die Vernetzung der dafür notwendigen Akteure.

d) Hinsichtlich internationaler Konfliktlösungen sind für uns **Multilateralismus und Systeme kollektiver Sicherheit** maßgeblich.

e) Deutschlands **Bündnisfähigkeit und Westanbindung** sind für uns das Fundament der Landesverteidigung.

f) Wir sehen es als Verpflichtung an das **Friedensprojekt Europa weiter voran zu bringen.** Dazu gehört für uns perspektivisch auch der **Aufbau der europäischen Armee.**

g) In der besten Tradition sozialdemokratischer Konfliktanalyse sehen wir in der **Erhaltung des sozialen Friedens ein Kernstück der Sicherheitspolitik.**

### 3. Formate

In regelmäßigen Abständen, wobei ein Monatsturnus angestrebt ist, wollen wir **Arbeitstreffen, kleinere Expertenrunden sowie größere Podiumsdiskussionen** durchführen.

*Der Diskurs soll zunächst auf einen **parteiinternen Rahmen unter Einbeziehung externer Expertise** beschränkt werden. Eine Öffnung für parteiübergreifende Debatten ist in Einzelfällen bei gegebenem Anlass möglich.*

### 4. Diskurse

Im Folgenden nennen wir Themen, die aus unserer Sicht nicht nur aktuell von der sicherheitspolitischen Community diskutiert werden, sondern auch grundsätzlich die sicherheitspolitische Debatte bestimmen. Diese Sammlung soll uns als ein programmatischer Leitfaden dienen, aus denen wir konkrete Themen für einen Dialog innerhalb der Berliner SPD ableiten wollen.

a) Freiheit vs. Sicherheit

*Vorratsdatenspeicherung, Terrorbekämpfung, Geheimdienstüberwachung*

Das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit war bereits Philosophen der griechischen Antike bekannt. Die international ergriffenen Sicherheitsmaßnahmen bei der Terrorbekämpfung seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben die Debatte über die Prioritätensetzung jedoch wieder neu entfacht. Auch die technischen Überwachungsmöglichkeiten durch Geheimdienste im Internet schaffen einen Widerspruch zwischen dem Menschenrecht auf Privatsphäre und staatlicher Schutzpflicht, den es zu klären gilt.

b) Werteorientierung vs. Interessenwahrnehmung

*Rüstungsexporte, Umgang mit Unrechtsstaaten, Kritik an Freunden und Verbündeten*

Im jeweiligen Widerspruch zueinander sehen sich die Verfechter einer werteorientierten bzw. interessengeleiteten Außenpolitik. Auf der einen Seite steht der Vorwurf, sogenannte

Realpolitik vernachlässigt die eigenen Wertevorstellungen. Auf der anderen Seite wird ein rein normativ begründetes Handeln zu idealistisch empfunden, das mit den politischen Rahmenbedingungen nicht immer in Einklang zu bringen sei. Der Ansatz der Bundesregierung, sich von Werten wie Interessen gleichermaßen leiten zu lassen, versucht den Gegensatz auf dem Papier zu vereinen. Doch vermag er ihn in der Praxis selten aufzulösen, wie am Beispiel von Waffenlieferungen an Saudi-Arabien zu beobachten ist.

c) Internationale Verantwortung vs. Kultur der Zurückhaltung

*Auslandseinsätze, Verteidigungskosten, Pazifismus, Diplomatie*

Der Diskurs über ein stärkeres sicherheitspolitisches Engagement Deutschlands hat erneut mit der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014 die öffentliche Wahrnehmung erreicht. Gegenüber der in den Jahrzehnten zuvor gepflegten politischen Kultur der Zurückhaltung der Bonner Republik bedeutet diese neue Rolle jedoch einen Paradigmenwechsel. Der Verständigungsprozeß sowie die praktische Umsetzung ist dabei keineswegs abgeschlossen. Die Debatte wird zudem durch eine Reduzierung auf die Kampfbegriffe Militarisierung bzw. Enthaltung erschwert.

d) Westanbindung vs. Osteinbindung

*Europäische Integration, TTIP, neuer Kalter Krieg*

Ausgehend von der damaligen Situation im Kalten Krieg zählt die Westanbindung Deutschlands auch heute zu den Paradigmen deutscher Außenpolitik. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem von den USA geleisteten Beitrag zur Sicherheit in Europa. Allerdings sind die transatlantischen Beziehungen derzeit durch die Enthüllungen über die flächendeckende NSA-Spionage sowie erneute Folterberichte an Terrorverdächtigen durch die CIA belastet. Andererseits führt das Aggressionsverhalten Russlands in der Ukraine-Krise zu einem Zusammenrücken innerhalb des NATO-Bündnisses. Die Beziehungen zu Russland sind durch die Annektion der Krim und durch den verdeckten militärischen Einsatz in der Ostukraine schwer gestört. Sollte sich das Verhältnis zu Russland mittelfristig weiter verschlechtern, droht eine erneute Abgrenzung europäischer Länder gegenüber der Moskauer Regierung. Doch stoßen diplomatische Ansätze, die den Dialog mit Russland weiterhin aufrecht erhalten wollen, wiederum auf Kritik in konservativen Kreisen in den USA. Sollte bei einer nächsten Wahl ein Parteienwechsel im Weißen Haus anstehen, könnte dies kurzfristig zu einer weiteren Belastung der transatlantischen Beziehungen führen.

e) Weitere aktuelle Herausforderungen:

*Islamistischer Terrorismus, Klimawandel, Rohstoffsicherheit, zerfallende Staatlichkeit, Cyberkrieg, Renationalisierung, Pandemien, Migrationsbewegungen, Organisierte Kriminalität.*

### Arbeitskreis Sicherheitspolitik

Richard Goebelt, Björn Hawlitschka, Claus Jander, Lucas Koppehl, Mathias Kunz, Yvonne Mockenhaupt, Ruth Möller, Simone Peuten, Oliver Schmidt, Dirk Schuchhardt, Oliver Teige  
Ansprechpartner im GLV: Fritz Felgentreu

*Berlin, 28.02.2015*